

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 540.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 194.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 16. November 1901.

Druckpreis für Halle und die Umkreise 300 Mark, für den Rest des Landes 200 Mark, für den Rest des Landes 150 Mark. Einzelne Exemplare 1 Mark, für den Rest des Landes 0,75 Mark. Auslandspost 1,50 Mark. Anzeigenpreise siehe unten. Geschäftsstellen siehe unten.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.
Telephon Amt Nr. 1404.

Wochenschau.

Die verfloffene Woche hat uns, wie die amtliche Presse der französischen Regierung verurteilt, die Teiligung des französisch-türkischen Konflikts gebracht. Die Erweiterungen, die die amtliche Presse daran gemöhnt hat, lesen sich so, als wenn Frankreich auf der ganzen Linie der Sieger geblieben wäre. Bei einer näheren Betrachtung gewinnen jedoch die Dinge ein ganz anderes Gesicht. Uns liegt ein Pariser Brief vor, der hinter die Kulissen dieses türkisch-französischen Konflikts und auch hinter die Kulissen des Kabinetts-Wechsels lenkt und die Dinge in eine wesentlich anderen Lage erscheinen läßt. Es heißt in dem Briefe u. a.:

„Es ist hier kein Geheimnis, daß das französische ursprüngliche Darlehen der Lorando und Zubini, das ja das Rückgrat des ganzen Streites bildet, nicht den hundertfachen Teil der Summe von 344.000 türkischen Pfund betragen hat, die heute gefordert wird. Weiter erfahre ich, daß diese Forderung heute gar nicht mehr in den Händen der Fintanz-Lorando und Zubini, die mit einigen Augenzeugern immerhin noch als französische Unterthanen gelten konnten, liegt, sondern längst verkauft worden ist und zwar an...“

Immerhin wird es angebracht sein, daß sich alle nationalen Parteien im Ganzen und Großen zu dem vorliegenden Entwurfe freundlich stellen, denn es ist besser, etwas, als nichts zu erreichen. Doch dabei freilich die Bedingung gelten muß: nicht ganze Zweigebirgsgruppen, wie z. B. die Gärtner, dem Untergange zu überlassen, liegt auf der Hand. Sie muß also auf jeden Fall eine Herabsetzung des Entwurfs durchgehen. Auch für eine weitere Ausdehnung der Mindestzölle muß mit aller Energie eingetreten werden.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 16. November.

„Nach der „Kreuzzeitung“ hat im Bundesrat bei der Abstimmung über den ganzen Kohlenverkehrsvertrag mit dem Vertreter des Herzogtums Sachsen-Koburg-Gotha bagegen gestimmt.“

„Befreyungen über die Finanzlage.“ Wie die „Allsich. Korz.“ berichtet, haben bereits in den letzten Tagen unvermeidliche Befreyungen von Vertretern der verschiedenen Einzelstaaten über die Finanzlage im Reich und in den Einzelstaaten stattgefunden. Zu einem Abschluß sind die besüglichen Beratungen nicht gekommen. Immerhin machte sich die Verleugung sehr hart geltend, daß insbesondere die finanzielle Lage der kleineren Staaten nicht danach angehen ist, um eine so große Finanzprämie ihrer Kraft durch höhere Beiträge zu bedürfen, wie die Finanzlage der Einzelstaaten nicht infolge dessen zu lassen. Wahrscheinlich wird infolge dessen bei den Beratungen der Einzelstaaten in den Bundesrats-Ausschüssen das Möglichste versucht werden, um eine Herabminderung des sogenannten Reichsbeitrags zu erreichen. Die Beratungen der Einzelstaaten in den Bundesrats-Ausschüssen werden in den nächsten Tagen beginnen.

„Zur Beratung von Verwaltungsverfragen der Reichsversicherungsanstalt.“ Am gestrigen Freitag im Reichsversicherungsamt unter Vorsitz des Präsidenten Goebel eine Konferenz von Vertretern der Landesversicherungsämter, Invaliden-Versicherungsanstalten und zugelassenen Kasseneinrichtungen zusammen.

Bei Nr. 4 der Tagesordnung, Angelegenheit der Beitragskontrollen, wurde die Frage, ob die bestehenden Einrichtungen der gesetzlichen Anfordern der Lebensversicherung der Beitragsleistungen genügen, erörtert und die Mängel betont, die hinsichtlich der Beitragsleistung für die erst mit dem 1. Januar 1900 in die Versicherung einbezogenen Lehrer und Erzieher bestehen, und die Mittel der Beitragsleistung. Ein von einer größeren Anzahl von Versicherungsanstalten aufgestellter Musterentwurf für zu erfüllende Kontrollvorschriften wurde als brauchbare Grundlage für spätere Beschlüsse an § 161 Absatz 3 des Invalidenversicherungsgesetzes anerkannt. Beschäftigt der Unfallversicherung der Arbeiter und der Berufsgenossenschaften Krankentassen usw. wurde eine weitere Ausgestaltung der Vorschriften über die Unfallversicherung in dieser Richtung gütigstenfalls in Aussicht genommen. Den zweiten Gegenstand bildete der Beschäftigt der Unfallversicherung für Arbeiter und Berufsgenossenschaften. Unter Anführung zahlreicher Einzelfälle, betreffend Streitigkeiten zwischen Unfallversicherern und Unfallversicherungsbetrieben hinsichtlich der wesentlichen Bestimmungen bei der Anwendung der Bestimmungen, wurde der Unfallversicherungsbetrieben, wurde allgemein anerkannt, daß die vorhandene Organisation in dem besüglichen Punkte nicht der Verbesserung bedürftig sei, und daß es bis zu einer Neuorganisation der Unfallversicherung von beiden Seiten bedürfe, um ein gedeihliches Zusammenwirken zu sichern.

„Die Sicherung der Bauverordnungen.“ Aus allen Teilen Deutschlands waren Handwerks- und Gewerbetreibende in Berlin versammelt, um zu den neuesten Entwürfen der Regierung betreffend die Sicherung der Bauverordnungen Stellung zu nehmen. Die Versammlung entschied sich mit Einstimmigkeit für den Entwurf A

mit der Sicherlegung der Bauhandwerker, der Entwurf B mit der Sicherlegung auch der Bauleistenden wurde abgelehnt.

„Zu neuen Poststellen.“ Die größere Zahl von Oberpostbezirkssekretären und Postinspektoren mit dem höheren Wohnungsgeldzuschuß ausbezahlt werden. Ferner verlangt, daß der Zugang an neuen Assistenzstellen weit erbedlicher sein wird als in den Vorjahren, und daß die lange ererbte Abnutzung der Assistenzgehälter in acht Stufen von 1500 bis 3000 Mark gestrichelt ist.

„Über die Revision des Börsengesetzes.“ In einer Versammlung zu Wohnungen der konservative Führer Graf König sich mit Aufschiedenheit für das Fortbestehen des Verbots des Terminhandels in Getreide, da dieser die Landwirtschaft schwer schädige, weil nur die mittlere oder gar geringe Ware den Marktpreis bestimme. Der andere Wunsch der Börseninteressenten, das Terminregister abzuschießen, werde vom Reichstage ebenfalls nicht erfüllt werden, namentlich da hinsichtlich verschiedener Bankinstitute erbedlich gemacht ist. In einem Punkte wäre aber eine Reform möglich. Wenn man nämlich das Börsengesetz mit dem Bürgerlichen Gesetzbuche vergleiche, so finde man, daß nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche alle Geschäfte, die auf Spiel und Wette gerichtet sind, nichtig sind; sei jedoch bereits Zahlung geleistet, so kann die Summe nicht zurückgefordert werden. Hier empfehle sich ein Ausgleich, da der letzte Passus von der bereits geleisteten Zahlung im Börsengesetze nicht enthalten ist. Der Abgeordnete Gamp habe bereits einen darauf bezüglichen Antrag gestellt. Sontz könne aber von den landwirtschaftlichen Vereinen im Vorwettbewerb die Notwendigkeit einer Reform in seiner Weise anerkannt werden, im Gegentheil!

„Unter dem Protektorat des Prinzen Albrecht von Preußen ist in Berlin der geplante Versuch zur Errichtung eines Rekonstruktionsbundes.“ Der Geschäftsführende Ausschuss berichtet aus dem Reichslande, dem Kriegsminister, dem Erzbischof von Breslau, dem Reichspräsidenten, dem Reichspräsidenten von Bayern und dem Reichspräsidenten der Versammlung. Auf den 30. April 1903 fällt der hundertste Geburtstag Rosas.

„Der Besuch des Kronprinzen auf seinem Thronrohr.“ Der Kronprinz wird hier auf den 15. Dezember festgesetzt. Der Kronprinz wird hier auf den 15. Dezember festgesetzt. Der Kronprinz wird hier auf den 15. Dezember festgesetzt.

„Das Schlußfest „Charolote“, mit dem Prinzen Waldemar am Bodai, ist am Freitag in Sophien angefallen.“

„Aus dem Offizierkorps.“ Vorstellung bei dem Erzherzog Franz Ferdinand, dem neuernannten Chef des preussischen Jagdbataillons von Neumarkt, traf Freitag Nachmittag eine Offiziersabteilung des Bataillons in Wien ein. Die Abordnung, an deren Spitze sich der Bataillonskommandeur Bertramont von Neuf befindet, wird Sonnabend Vormittag vom Erzherzog Ferdinand Karl und am Nachmittag vom Kaiser Franz Josef empfangen werden.

„Personalarbeiten.“ Der Gesandte in Darmstadt, Prinz zu Solms-Laubach, wird hier auf den 15. Dezember festgesetzt. Der Gesandte in Darmstadt, Prinz zu Solms-Laubach, wird hier auf den 15. Dezember festgesetzt. Der Gesandte in Darmstadt, Prinz zu Solms-Laubach, wird hier auf den 15. Dezember festgesetzt.

„Die Stellung der Reichs-Ausstellung für Auswanderer.“ Die Stellung der Reichs-Ausstellung für Auswanderer wird hier auf den 15. Dezember festgesetzt. Die Stellung der Reichs-Ausstellung für Auswanderer wird hier auf den 15. Dezember festgesetzt. Die Stellung der Reichs-Ausstellung für Auswanderer wird hier auf den 15. Dezember festgesetzt.

„Kolonialrat.“ Der Reichspräsident macht am 16. Folgendes bekannt: Der Kolonialrat wird am Freitag, Donnerstag, den 21. November d. J., Vormittags 10 Uhr im Reichstagsgebäude zur Beratung zusammenzutreten.“ Wie verlaute, soll auch Professor Hans Meyer-Heintze in den Kolonialrat berufen sein.

„Über Herrn von Brage.“ Herr von Brage ist in seinem eigenen Interesse aus der konservativen Fraktion heraus abgetrennt worden, auf die Rückkehr zu dem Schwerpunkt zu verzichten. Herr v. Brage aber glaube, das eher noch weiter bringen zu müssen, um auf diese Weise zu erreichen, daß kein enges schädliches Kartell an den Reichstagspräsidenten vertrieben bleibe. Ist er aber jetzt nicht zu dem Entschlusse gelangt, zu abtreten, so wird die konservative Partei seinen Antrag haben, ihm zu überreichen. — Das der politische Willkür des Herrn v. Brage bedauerlich geht aus aus folgender Dresdener Meldung hervor: Der Reichstagspräsident v. Brage hat seinen in der Ständekammer eine Kommission für die Bildung der Reichstagspräsidenten veranlassen.

„Der Gesamtanlass der Verwertung.“ Der Gesamtanlass der Verwertung wird hier auf den 15. Dezember festgesetzt. Der Gesamtanlass der Verwertung wird hier auf den 15. Dezember festgesetzt. Der Gesamtanlass der Verwertung wird hier auf den 15. Dezember festgesetzt.

„Der Gesamtanlass der Verwertung.“ Der Gesamtanlass der Verwertung wird hier auf den 15. Dezember festgesetzt. Der Gesamtanlass der Verwertung wird hier auf den 15. Dezember festgesetzt. Der Gesamtanlass der Verwertung wird hier auf den 15. Dezember festgesetzt.

Der Zolltarif in der Fassung der Bundesratsbeschlüsse.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat die Regierung am Donnerstag die vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen des neuen Zolltarifs durch den „Reichsanzeiger“ veröffentlicht, jedoch die Mitglieder des Reichstags und die Interessenten mehrerer in der Lage sind, durch einen Vergleich mit der ursprünglichen Vorlage festzustellen, auf welcher Grundlage die Verhandlungen vor sich gehen werden.

Bemerkenswert ist zunächst, daß die Forderungen der Landwirtschaft keine weitere Berücksichtigung gefunden haben. Die Landwirtschaft fordert bekanntlich die Mindestzoll für alle landwirtschaftlichen Produkte, eine Erhöhung des Mindestzolles für die vier Haupterzeugnisse um 1 Mill. bzw. 2,50 Mill. und die Festlegung des Termins des Inkrafttretens des Gesetzes. Wesshalb dieser Forderungen dürfte es im Reichstage zu erbitterten Kämpfen kommen. Die „Reinhold-Zeitung“, in der sich die Anschauungen des Bundes der Landwirtschaft niederlegen, schreibt:

„Unter diesen Umständen ist die Zollherabsetzung auf Hopfen und Hopfenmittel als ein Entgegenkommen den berechtigten Wünschen der Hopfenbauern gegenüber zu bezeichnen. Die übrigen Zollherabsetzungen betreffen die Industrie, wobei man auf 150 Mark erhöht sind, recht deutlich bemerken kann, wie leicht es der Industrie gemacht wird, ihre Wünsche zu erreichen. Aus welchen Gründen der Champagnonzoll von 20 auf 10 Mill. herabgesetzt ist, vermag man nicht zu erründen. Wir haben das größte Interesse, unserer Champagnon-Zucht anzuhängen, 10 Mill. für den Doppel-Zentner reicht dazu hinreichend nicht aus, das allergrößte Verwenden wird die Herabsetzung des an sich schon völlig ungenügend bemessenen Dreibänderszoll von 2 auf 1 Mill. und die noch bedeutendere Zollherabsetzung für die Extrakte erregen. Es scheint demnach, daß die Mehrheit im Bundesrat

den Eigenschaften der Unterlage weihen will. Wo soll späterhin das Militär die mit Eisenlohe geerbten Leber für die Ziselie z. herbeiführen? Dem daß, wenn nicht ein genügender Zollsatz gegen ausländische Gebrüder eingeführt wird, die Holzgerbereien verfallen müssen, unterliegt für den Kenner der Verhältnisse keinem Zweifel. Am allergeringsten sind die Gärtner vongenommen, deren Forderungen man völlig unberücksichtigt gelassen hat. Aber nicht genug damit, der Bundesrat will auch den geringen Zoll auf Zinnmengen von 10 Mill. herabsetzen und auch für die Ziselie Zollsfreiheit einführen und auf diese Weise auch für die Zukunft der deutschen Gärtner die Aussicht unmöglich machen.

Daß der Bundesrat die Zollfreiheit für Ziselie und Wehl-einfuhr in den Grenzbezirken zu zwei Kilogramm und drei Kilogramm bestehen lassen will, wenn ein örtliches Bedürfnis vorhanden sein soll, ist ebenfalls ein durchaus ungerechtfertigte Durchbruch des Prinzips, und man sollte meinen, daß die bisherigen Erfahrungen nicht dazu reizen könnten, diese Zustände zu verewigen.

Es wird noch genügend Gelegenheit sein, auf diese Beschüsse des Bundesrats zurückzukommen. Der Entwurf als Gesamtentwurf gefühlt, daß der Zolltarif aus den Verhandlungen in einer für die Landwirtschaft und Gärtner mit Ausnahme der Hopfenherabsetzung verschlechterten Form hervorgegangen ist.“

